Zeitschrift: Vom Jura zum Schwarzwald : Blätter für Heimatkunde und

Heimatschutz

Herausgeber: Fricktalisch-Badische Vereinigung für Heimatkunde

Band: 8 (1891)

Artikel: Ein Finanzhandel aus dem vorigen Jahrhundert

Autor: Arx, F. von

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-747027

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 03.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Ein Jinanzhandel aus dem vorigen Jahrhundert.

Bon Ferd. von Arx in Solothurn.

Dekanntlich führten seiner Zeit die aristokratischen Regierungen der Schweiz insofern eine sparsame Verwaltung, als fie ihren Stolz in eine wohlgespielte Schatkammer und in ein hohes Staatsvermögen legten. Daber verwendeten fie nur einen geringen Theil der mannigfachen Staatseinkünfte für den Stragenbau, für Flufkforrektionen, für Hebung der Landwirthschaft, des Gewerbes und Handels, für das Unterrichtswesen und andere öffentliche Zwecke. Der Löwenantheil floß in die Staatskaffe, deren Minimalbestand meift gesetzlich normirt war, oder diente zur Aeufnung des zinstragenden Staatsvermögens. Gleichwohl konnten die damaligen Regierungen unter gewiffen Umftänden auch in finanzielle Verlegenheiten gerathen, freilich in anderer Weisc als in unsern Tagen. Wenn es nämlich heutzutage nicht felten vorkommt, daß die Ebbe in der Staatskaffe einzelnen Kantonsregierungen ernstliche Sorgen bereitet, so war im vorigen Jahrhundert hie und da der entgegengesetzte Fall eingetreten. mals war es die Fluth in der Schatkammer, welche den "gnädigen Herren und Obern" kummervolle Stunden verursachen konnte. Dies war beispielsweise auch einmal in Solothurn der Fall.

Am 25 Oktober 1788 lieh der Stand Solothurn dem Handelshaus Rougemont-Hottinger in Paris und seinen Geschäftsgenossen Usteri, Ott, Escher u. Comp. in Zürich die Summe von 20,000 Louisd'or oder 480,000 französischen Franken zum Zinskuß von 5%. Sämmtliche Geschäftstheilhaber waren für die ganze Summe haftbar. Da sich aber schon nach zwei Jahren das Haus Rougemont von seinen Ussocié trennen wollte, so kündete es Ankangs Januar 1791 durch Zuschrift an Gebhard, den Direktor der Indienne-Fabrik in Solothurn, den Schuldvertrag. Laut des Letztern konnte die Rückzahlung des

Rapitals in Paris stattfinden. Zudem ließ das Handelshaus in seinem Auffündungsschreiben durchblicken, daß es die Schuld in französischem Bapiergeld abzutragen gedenke. Diese Mittheilung rief in Solothurn eine nicht geringe Bestürzung hervor; denn nahm es das Papiergeld an, so hatte es auf demselben beträchtliche Verluste zu gewärtigen; verweigerte es aber die Annahme, so mußte es sich auf einen kost= spieligen Prozeß vor den Gerichten in Paris gefaßt machen. Daher suchte die Regierung das Handelshaus Rougemont zu veranlassen, die Schuld in der Schweiz abzutragen, wogegen man sich in Solothurn mit einem geringern Zinsfuße begnügt hätte. Unter diesen Bedingungen wollte Solothurn den Mitinteressenten der Firma Rougemont das Rapital noch fernerhin anvertrauen. In Paris trat man jedoch auf diese Proposition nicht ein. Dagegen erschien am 4. März 1791 von dorten ein anderer Vorschlag. Nach demselben sollte seit dem Verfalltag des letzten Zinses (25. Oktober 1790) jede weitere Zinszahlung aufhören; im Fernern wollte die Firma Rougemont-Hottinger auf Ende März oder Anfangs April in Paris zu Handen von Solothurn die Hälfte der Schuld (240,000 Franken) in Bereitschaft halten, wogegen Solothurn die betreffende Obligation quittirt herauszugeben hätte. Für den Rest der Schuld sollten neue Schuldtitel errichtet werden und zwar für 100,000 Fr. auf das Haus Rougemont und für 140,000 Fr. auf die Firma Hottinger, Usteri, Ott, Escher u. Comp. Vom 1. April 1791 an zinsbar, follten diese Kapitalien erft nach sechs Jahren in Basel oder Solothurn rückzahlbar sein und zwar in baarem Gelde. Falls Solothurn jedoch die beiden Kapitalien vor dem festgesetzten Termin abkünden würde, wozu es das Recht befaß, so hatte die Rückzahlung derselben in Paris und in daselbst gangbarer Münze zu geschehen.

Diesem Vorschlag gegenüber erklärte aber Solothurn, daß es auswärts keine Gelder anlege, ohne in der Schweiz dafür ein Unterpfand oder genügende Bürgschaft zu haben. Demgemäß könne es das Haus Rougemont nicht einzig als Schuldner annehmen. Dagegen wolle es die Hälfte der in Frage stehenden Summe, vom 25. Oktober 1790 an zu 4% verzinsbar, auf sechs Jahre der Firma Hottinger, Usteri, Ott, Escher u. Comp. überlassen, doch nur unter der Bedingung, daß seiner Zeit die Kückzahlung des Kapitals in Solothurn erfolge und daß dieselbe für Solothurn keine Kosten und keinen Abzug irgend einer Art involvire. Die übrigen 240,000 Fr. sollen seit dem 25. Oktober 1790 unzinsbar sein und theils auf Ende Juli, theils auf Ende August in Solothurn abbezahlt werden.

Mit dieser Offerte, wodurch für die eine Hälfte der Schuld der Zinsfuß um 1 % heruntergesetzt und für die andere der Zins für neun Monate geschenkt worden wäre, hoffte Solothurn alle Schwierigkeiten zu heben. Das Haus Rougemont-Hottinger in Paris lehnte jedoch auch diesen Vorschlag ab. Daher entwarf Solothurn einen neuen. Demselben zufolge wollte es der Firma Usteri, Ott, Escher u. Comp. in Zürich nach ihrem Belieben 140,000 Fr. oder 240,000 Fr. zu 4%, vom 25. Oktober 1790 an gerechnet, auf sechs Rahre überlassen; nachher aber follte das Rapital, wie jeweilen der Zins, in Solothurn in Baar rückbezahlt werden. Für den Rest der Forderung (340,000, resp. 240,000 Fr.) wollte Solothurn nicht nur für neun Monate, sondern für ein ganzes Jahr (25. Oktober 1790 bis 25. Oktober 1791) auf den Zins verzichten, wofern nachher die bezügliche Summe ohne irgend welche Unkosten für Solothurn als 1/2 0/0 Provision in Solothurn selbst entrichtet würde. Sollte auch dieser Vorschlag nicht belieben, so hätte die Rückzahlung der ganzen Schuld zu 5 % in Baar in Paris zu erfolgen, wobei für die dreimonatliche Auffündigungsfrist der Markzins in Rechnung zu bringen wäre.

Allein Anfangs Mai 1791 erklärten sowohl das Haus Rougemont-Hottinger in Paris, als die Firma Usteri, Ott, Escher u. Comp. in Zürich, auf die Propositionen Solothurns nicht eintreten zu können; dagegen gaben sie die Erklärung ab, die ganze Schuld in Neuthalern in Paris zurückzubezahlen, in der Meinung jedoch, sie wären nicht verpslichtet, den Markzins seit dem Tage der Auskündigung zu entrichten.

Es blieb nun Solothurn nichts anderes übrig, als die betreffende Geldsumme in Paris in Empfang zu nehmen und, da der Antrag, dieselbe in England anzulegen, verworfen wurde, in die Heimath transportiren zu lassen. Ein Handelsmann von Basel, Merian der Aeltere, anerbot sich der Regierung, gegen eine Provision von 2% auf seine Berantwortlichteit hin in Paris den Betrag zu übernehmen und ihn baar in die Schatkammer von Solothurn abzuliesern. Die Obrigkeit acceptirte diese Offerte. Um aber sowohl die Uebernahme des Geldes durch Merian in Frankreichs Hauptstadt, als auch den Transport des klingenden Eigenthums zu überwachen, sandte sie Mitte Juni 1791

den Seckelschreiber Georg Niklaus Tschan von Solothurn nach Baris.

Dafelbst wurden noch im gleichen Monat dem Spediteur Merian die 480,000 Fr. sammt Fr. 414 Markzins übergeben. Allein auf dem Heimwege murde das Geld in Bar sur Aube, gehn Stunden von Paris, trots energischer Protestation durch Merian und Seckelschreiber Tschan von der dortigen Munizipalität angehalten und mit Beschlag belegt; aus welchen Gründen, ift freilich nicht bekannt. Vielleicht witterte man in demselben das Besitzthum von Emigranten, das in's Ausland geflüchtet werden follte, oder aber die Bewohner von Bar sur Aube hielten dafür, das geldbedürftige Frankreich follte fich die reiche Beute nicht entwischen lassen. Ueber sechs Wochen lag nun das solothurnische Eigenthum als Gefangener in der genannten Ortschaft. Wie begreiflich, führte dieser Vorfall zu diplomatischen Verhandlungen zwischen Solothurn und Frankreich. Sobald nämlich ersteres durch Merian und Seckelschreiber Tschan Kunde davon erhalten hatte, ließ es durch Altrath Zeltner ein Schreiben an die französische National= versammlung abfassen, worin diese an das Bölkerrecht erinnert wurde und welches die Drohung enthielt, Solothurn werde sich klagend an die ganze Eidgenossenschaft wenden, wenn das Schreiben wirkungslos bleiben sollte. Doch ehe das Schriftstück abgesandt wurde, überreichte am 6. August der französische Gesandte in Solothurn, Graf von Berac, der sich eifrig um eine glückliche Lösung des Konfliktes bemühte, obschon seine Intervention nicht angerufen worden war, dem Schultheißen von Arregger einen Auszug aus einer französischen Daraus ging hervor, daß die französische Nationalver= Zeitung. sammlung am 30. Juli beschlossen hatte, es solle das dem Stande Solothurn gehörige Eigenthum aus dem Arrest in Bar sur Aube entlassen und bis an die Grenze durch eine Schutwache begleitet werden; zugleich seien Solothurn der Zinsverlust und die ihm in Folge der Beschlagnahme des Geldes erwachsenen Unkosten zu vergüten. Offenbar hatten vorher Merian und Tschan bei den Behörden Frankreichs bezügliche Schritte gethan. Die Beiden bestätigten denn auch in ihrem Schreiben an Solothurn den Erlaß des genannten Defretes durch die Nationalversammlung und fügten bei, daß der französische Minister des Innern, Graf Deleffart, für den ungestörten Transport des Geldes bis Basel gut stehen werde. Infolge dieser Mittheilungen ward das von Zeltner verfaßte Schreiben an die französische Nationalversammlung nicht abgesandt.

Auf Befehl der französischen Behörden wurde endlich das Geld in Bar sur Aube freigegeben, so daß es seine Weiterreise antreten konnte. Allein in Belfort ward es neuerdings angehalten und mit Sequester belegt. Auch hier ift der Grund der Beschlagnahme unbekannt. Sofort nach ihrem Bekanntwerden in Solothurn wandte sich die Regierung schriftlich an Montmorin, den französichen Minister des Auswärtigen, und an Deleffart, den Minister des Innern. Da jedoch bis zum 28. September weder von dem einen, noch von dem andern derselben eine Antwort eingetroffen war und man sich in Belfort immer noch weigerte, das Geld herauszugeben, so ließ Solothurn durch seinen Mitbürger Surbeck, Grenadierhauptmann im Schweizergarde-Regiment in Paris, in dieser Angelegenheit bei den französischen Behörden neue Schritte thun. Dieselben waren insofern mit Erfolg gekrönt, als die beiden genannten Minister den gemessenen Befehl ertheilten, das Geld sei sofort freizugeben und unter militärischer Bedeckung an seinen Bestimmungsort gelangen zu laffen. Bei der allgemeinen Verwirrung, welche bereits damals in Frankreich herrschte, fand jedoch diese Ordre nicht die gewünschte Nachachtung; denn Anfangs Oftober theilte Merian der Solothurner Regierung mit, daß trot der gegentheiligen Bemühungen des Ministers Delessart der Böbel, der in Belfort die Oberhand habe, die Abreise des Geldes immer noch verhindere. In der That war Solothurn noch lange auf's Warten angewiesen; denn alle Schritte, die es zur Befreiung des "theuren Gefangenen" that, blieben einstweilen erfolglos. Wohl theilte ihm am 20. Dezember 1791 der französische Geschäftsträger in der Schweiz, Bacher, mit, daß die französische Nationalversammlung durch Dekret vom 14. Dezember 1791 die Herausgabe des Geldes angeordnet habe; thatsächlich aber verweigerte die Munizipalität von Belfort, welche diesen Beschluß absichtlich ignorirte, die Verabfolgung der Geldsumme. Budem stand zu befürchten, das aufgeregte Volk könnte sich des Geldes bemächtigen, wenn dieses aus Belfort abgeführt würde.

Endlich entfalteten die französischen Behörden den erforderlichen Ernst. Am 22. Dezember 1791 verordnete die Nationalversammlung neuerdings, es sei das in Belfort angehaltene Geld sofort herauszu-

geben, und es seien alle durch die Arrestation derselben verursachten Zinsverlufte und Kosten vorläufig aus dem Nationalschatz dem Stande Solothurn zu vergüten. Auf einer Durchreise durch Belfort nahm sodann der französische Kriegsminister, Graf Narbonne, die Sache persönlich in die Hand. Nachdem er dem nach Basel zurückgekehrten Merian brieflich die bevorftehende Ankunft des Geldes angezeigt hatte, ließ er die beiden Wagen, auf welche die betreffenden Geldkisten geladen waren, von Belfort abfahren und begleitete sie mit einer Bedeckung von 265 Mann, die theils aus Dragonern, theils aus Füsi= liren bestand, bis an die Grenze Basels, wo Merian am 5. Januar 1792 die Geldkisten mit ihrem Inhalte in Empfang nahm. In Folge der zweimaligen Beschlagnahme des Geldes hatte dessen Reise von Paris bis Basel nicht weniger als ein halbes Jahr gedauert. In Basel nahm nun Merian die Verifikation der angelangten Gelder vor; die= selbe ergab die Richtigkeit der betreffenden Geldsumme; bloß fanden sich drei bis vier falsche und einige spanische Neuthaler vor, was für Solothurn einen Verluft von etwa 72 Fr. bedeutete. Mit Ausnahme der 2% Provision, die sich auf 400 Louisd'or oder 9600 Franken bezifferten, sowie eines Restes von 4817 Franken lieferte Merian Mitte Januar den ganzen Betrag an Solothurn ab.

Nachdem Solothurn seine Gelder, die lange Zeit in Gesahr stansen, verloren zu gehen, glücklich gerettet hatte, geziemte sich, diesenigen Persönlichkeiten, die sich bei diesem "Handel" besonders um das "Batersland" verdient gemacht hatten, gebührend zu belohnen. Die "Repuschlich" Solothurn war diesfalls nicht undankbar. Borerst kam der Unternehmer Merian von Basel an die Reihe. Da er in Folge der zweimaligen Arrestation des Geldes mehrere Wochen von Basel abswesend sein mußte und deßhalb viele Untosten hatte, so erhielt er nicht nur die zwei ausbedungenen Prozente Provision, sondern überdies 2400 Franken für die Reise; zudem wurden ihm die 4817 Franken, die er an Solothurn noch nicht abgeliesert hatte, geschenkt. Denmach stieg seine Gesammtentschädigung auf nicht weniger als 16,817 Franken oder 3,5 % der ganzen Summe, deren Transport er übernommen hatte.

In zweiter Linie gebührte dem Seckelschreiber Tschan eine Belohnung. Die Beschlagnahme der betreffenden Geldsumme hatte auch für ihn die Folge, daß er etliche Wochen von seiner Familie weg in der Fremde sich aufhalten, hin und wieder sehr "heikle Schritte" thun und sowohl in Paris, als auch nach seiner Kückfehr in die Heimath bis zur Ankunft des Geldes außer seinen laufenden Amtsgeschäften dieser Angelegenheit wegen eine ausgedehnte Korrespondenz führen mußte. Für diese wesentlichen Dienstleistungen sprach ihm der Altschultheiß Glutz im Austrag der Obrigkeit den "gnädigen" Dank aus. Neberdies dekretirte ihm die Regierung ein Dutzend silberner Couverts, d. h. 12 Eßlöffel, 12 Gabeln, 2 Ragouts und 1 Suppenlöffel; jedes Stück war mit dem Solothurner Wappen geziert.

Der Dritte im Bunde der Glücklichen war Surbeck, Grenadiershauptmann im SchweizergardesRegiment in Frankreich. Derselbe hatte sowohl durch seinen persönlichen Einfluß in Paris, als auch durch seine speziellen Bemühungen die Angelegenheit zu Gunsten Solothurns wesentlich gefördert, die Herren Merian und Tschan in ihrer bezügslichen Thätigkeit kräftig unterstützt und mit dem Rathe in Solothurn eine weitläusige Korrespondenz geführt. In Anerkennung dieser Bersdienste übersandte ihm die Regierung von Solothurn nicht nur ein Dankschreiben, sondern ließ für ihn eine goldene Denkmünze im Werthe von 20 Dukaten (320 alte Franken) prägen. Der Avers derselben trug das Solothurner Wappen und der Revers die Aufschrift: Monumentum benevolentiæ.

Der französische Kriegsminister Narbonne endlich mußte sich mit einer papiernen Anerkennung seiner Dienstleistungen begnügen, indem sich die Regierung darauf beschränkte, ihm in einem in den verbindslichsten Ausdrücken abgefaßten Schreiben den geziemenden Dank auszusprechen.

War Solothurn endlich, wenn auch nicht ohne erhebliche Verluste, in den Besitz seines Eigenthums gelangt, so war es dagegen nicht so glücklich mit Kücksicht auf die Entschädigung, die es an Frankreich für Zinsverluste und Auslagen, welche aus der Beschlagnahme des Geldes resultirten, zu fordern hatte. Zwar übermittelte Merian den Kommissarien des französischen Nationalschatzes eine bezügliche Rechenung; auch wandte sich diesfalls Solothurn an Delessart, den französischen Minister des Junern. Indem es nämlich ein Schreiben desselben, worin er ihm den Beschluß der Nationalversammlung vom 22. Dezember 1791 mittheilte, beantwortete, ersuchte es ihn, auch die Interessen des Standes Solothurn in Bezug auf die Vergütung für

Zinsverlust und Unkosten zu wahren. Doch all' diese Schritte blieben thatsächlich erfolglos.

Inzwischen (Januar 1792) war Franz Barthelemy französischer Botschafter in der Schweiz geworden. Derselbe erhielt am 26. April 1792 von Dumouriez, dem frangösischen Minister des Auswärtigen, die Anzeige, daß dieser die Kommissarien des französischen National= schates beauftragt habe, den Stand Solothurn beförderlichst für den Binsverluft und die Koften, die derfelbe feit der erften Beschlagnahme seines Geldes bis zur Ablieferung desselben gehabt hat, zu entschädigen. Diese Schlufnahme des Ministers Dumouriez brachte Barthelemy am 2. Mai der Regierung von Solothurn zur Kenntniß. Am 17. Mai signalifirte er ihr einen neuen, gleichlautenden Befehl des Ministers Dumouriez. Gleichzeitig lief ein Schreiben von Merian ein, welches die Mittheilung enthielt, daß die Auszahlung der Entschädigung in französischen Assignaten stattfinden werde und daß man infolgedessen wohl die Hälfte derselben als Verluste abschreiben musse. Daher ertheilte die Regierung der Dekonomieverwaltung den Auftrag, auf Mittel bedacht zu fein, den drohenden Schaden abzuwenden. Vorsichtsmaßregel war indessen unnöthig; denn in Folge der Ereignisse vom 10. August 1792, welche die französische Monarchie zu Grabe trugen, den König auf's Schaffot führten und die Republik schufen, gerieth die Leitung Frankreichs für zwei Jahre in die Hände der heftigsten Revolutionäre, und die Franzosen brauchten nun ihr Geld felber für ihre Kriege, die sie zur Unterdrückung innerer Aufstände, zur Abwehr äußerer Feinde und zur Befriedigung ihrer Eroberung3aelüste führten. Unter solchen Umständen wagte Solothurn nicht mehr, seine Entschädigungsforderung an Frankreich geltend zu machen, und dies um fo weniger, als je länger je mehr auch der Schweiz von Frankreich her Gefahr drohte. Als endlich im Jahre 1798 durch die französische Anvasion die verhängnifvolle Kathastrophe über unser Baterland hereinbrach, entführten die Franzosen am 21. Mai desselben Jahres den solothurnischen Staatsschatz, der außer den Werthpapieren von rund 840,000 Fr. einen Baarvorrath von rund 600,000 Fr. auf-Auf einem vierspännigen Wagen wurde derselbe unter einer Bedeckung von 25 Mann nach Bern transportirt, dem damaligen Sitz der französischen Militärbehörden in der Schweiz. In diesem Schatze waren auch jene 480,000 Fr. inbegriffen, welche im Jahre 1791 der Regierung von Solothurn so viele Mühen und Sorgen bereitet hatten und nach denen schon damals die Munizipalitäten von Bar sur Aube und Belfort so lüstern gewesen waren.



Das Volksschulwesen in den Jura-Kantonen

am Gude des 18. Jahrhunderts.

Bon Walther Gimmi, Pfarrer in Schönengrund.

II.

Our aus zufälligen Notizen erfahren wir aus den Schulberichten etwas über das Alter der in die Schule ein- und aus ihr aus-D tretenden Kinder: in die deutsche Schule zu Stein a. Rh. wurden die Kinder schon mit dem fünften Jahr oder noch früher geschickt; der Schule von evangelisch Würenlos (Baden) finden wir ebenfalls fünfjährige, in derjenigen in Hüttikon (Baden) schon vierjährige Schüler. Früher mußten die Kinder dieses Orts nach Würenlos in die Schule, "welche aber" — schreibt der Lehrer — "ein halb stund von uns entfehrnt ist, so hat man gut befunden und ist durch den verstorbenen pfahrer nüscheler seinem Vater und durch die bürger d gemeind aleitung gemacht worden, eine schull aufzurichten, die ursach Ware erstlich Wil man die Jungen Kinder Welche nur 4 Jahr alt sepen nicht köne über Feld schicken bei grosem schnee und Kelte zum anderen Wil Zu Würrenlos auch kein Schullhaus sen und der schullmeister nicht mehr als 50 Kinder setten köne — — — so bin ich dero Wegen und durch schreiben vom obgeschribnen H. pfahrer an obersten schullherrn in Zürich und den Examinator zum schullmeister erwehlt Worden."

"Beil die alte Schulortnung die Kinder Von 7 bis 12 Jahr Schulsgengig sind, so were es rathsam das die Kinder bis in das 13 oder 14^{ten} Jahr die Schulbesuchet und den Jüngeren Jahren ein abbruch deten, dan die Kinder faßet die Lere nicht das wie ben den Ver Rünfstigen Jahren," schreibt der Bericht von Ober-Chrendingen (Baden).